

Artikel vom 24.04.2013

Nachhaltige Familienpolitik innovativ

neue Lebensräume für Familien in Wildflecken



Im Kindergarten Dorothee Bär und Susanne Raab

Mit einem Besuch der Kindertageseinrichtung St. Josef in Wildflecken wurde der 4. Bürgerdialog von Dorothee Bär, Mitglied des Bundestages und stellvertretende Generalsekretärin der CSU eröffnet. Kindergartenleiterin Susanne Raab informierte mit einer Sozialanalyse über die Kindertageseinrichtung die Abgeordnete und den CSU-Ortsvorsitzenden Bodo Wachsmann. Die Einrichtung besteht aus zwei Kindergarten-Gruppen mit derzeit 54 Kindern. Die vor einem Jahr neu gebaute Kinderkrippe ist mit 12 Kindern belegt. Anmeldungen waren von 17 Kindern vorhanden, die zum Teil in benachbarten Kindergärten einen Platz gefunden haben. Der große Anteil an Migrantenkindern und Kindern mit einem erhöhten Förderbedarf macht eine Zusatzkraft mit sozialpädagogischer Ausbildung dringend notwendig“, so Leiterin Susanne Raab. Schon jetzt ist abzusehen, dass auch im kommenden Kindergartenjahr unsere Einrichtung wieder voll ausgelastet sein wird und Kinder, die während des Jahres zuziehen, nicht aufgenommen werden können. Ein weiterer Grund, um nach Hilfe und Unterstützung zu suchen.

Die Abgeordnete zeigte Verständnis für die besondere Situation des Wildfleckener Kindergartens. Sie empfiehlt der kath. Kirchenstiftung als Träger, und der Gemeinde Wildflecken mit dem Bezirk Unterfranken gemeinsam nach einer zufriedenstellenden Lösung zu suchen.

Kommunale Aufgaben für Familien

Den Bürgerdialog zum Thema „Familienpolitische Aufgaben einer Kommune-Neue Lebensräume für Familien innovativ und zukunftsorientiert gestalten“ eröffnete CSU-Ortsvorsitzender Bodo Wachsmann.

Er sprach sich dafür aus, in der Gemeinde „Familienleitstellen als Bürgerservice anzubieten, für die Kinder weitere Spielplätze zu errichten, Verbesserungen im Verkehrswesen durchzuführen, Betreuungsangebote für Senioren und pflegebedürftige Personen einzurichten, sowie Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten für Familien zu schaffen. Besonders unterstützenswert ist das Anliegen von Susanne Raab, eine weitere sozialpädagogische Kraft im Kindergarten einzusetzen. **Das Konzept der Bundesfamilienministerin von Frau Christina Schröder „ Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik“ sieht die Schaffung von pädagogischen Dienstleistungszentren rund um die Familie besonders in Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen vor. Anzusetzen wäre, so Wachsmann, nach dem Grundsatz, „Bilden, Beraten und Betreuen“**

Von besonderer Bedeutung sei daher die Vermittlung von Betreuungsangeboten um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf herzustellen, zum anderen um die optimale Förderung der kindlichen Entwicklung mit zusätzlicher Sprachförderung zu intensivieren. Eine weitere wesentliche Aufgabe der pädagogischen Dienstleistungszentren liegt bei der Familienberatung und Elternbildung. Gleichzeitig muss die Familienberichterstattung als Planungsinstrument kommunaler Familienpolitik und Familienförderplan implementiert werden, um eine qualitativ hochwertige sozialpädagogische Betreuungsarbeit für Kinder und Familien zu leisten und die Erzieherinnen im Kindergarten zu entlasten. Wann handelt endlich die Marktgemeinde ? Wachsmann kann nicht verstehen, dass diese Problematik immer wieder seitens der Leitung des Kindergartens der Gemeinde seit Jahren vorgetragen wird, ohne dass diese handelt, dann aber betont wird, dass es bekannt ist. Vom nur Reden über diese Situation, wird sie nicht verbessert. Bodo Wachsmann stellt klar, dass die Keimzelle unserer Gesellschaft die Familie ist und die Kinder unsere Zukunft sind. Die Lebensqualität einer Gemeinde bemisst sich vor allem danach, was eine Kommune für Kinder und Familien zu leisten bereit ist.

Aufforderung an Bürgermeister Schrenk

Deshalb fordert der CSU-Ortsvorsitzende Wachsmann Bürgermeister Schrenk auf, endlich aktiv zu werden und dafür zu sorgen, dass diese Stelle im Kindergarten St.-Josef geschaffen wird. **Wachsmann wörtlich: „ Ich will jetzt endlich Lösungen, keine Probleme!“ „Dazu muss den Erzieherinnen auch die Gelegenheit gegeben werden, in öffentlich Sitzung des Gemeinderates gehört zu werden“ fordert Altbürgermeister Gutmann ausdrücklich ein.**

Mit diesen und ähnlichen Maßnahmen bestünde nach seiner Meinung die Möglichkeit, den prägnanten Einwohnerrückgang zu stoppen. Seit dem Jahr 2000 habe die Gemeinde 486 Bürger verloren und ist auf derzeit nur noch 3073 Einwohner geschrumpft. **„Besorgnis erregend sei auch der stetige Rückgang an jungen Familien in der Gemeinde“, stellte Bodo Wachsmann mit Bedauern abschließend fest.**

Familienpolitische Themen hatte auch Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär, in den Mittelpunkt ihres Referates gestellt:

Die Bundesregierung gewährt ab August für Familien, die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr zu Hause betreuen möchten ein Betreuungsgeld von 100 Euro, später sogar 150 Euro, vom Bund werden die Kommunen beim Ausbau von Kindergärten bis 2014 mit 5,4 Milliarden Euro und danach mit jährlich 845 Millionen Euro unterstützt. Durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wurden mit höheren Kinderfreibeträgen und einer Kindergelderhöhung um 20 Euro monatlich die Familien um insgesamt 4,6 Milliarden im Jahr entlastet. Maßnahmen, von denen man hofft den Geburtenrückgang in der Bundesrepublik zu stoppen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Anerkennung von Kindern erhöht werden und in den Fordergrund aller Überlegungen gestellt werden, sagte die Abgeordnete. Umfassend referierte die Abgeordnete über Perspektiven zur Pflege von Angehörigen zu Hause. „Pflegeheime werden alleine nicht ausreichen um die steigende Zahl an Pflegebedürftigen zu organisieren. Wir müssen den immer älter werdenden Menschen so lang wie möglich ihre Selbständigkeit bei sich zu Hause erhalten. Erst wenn es nicht mehr alleine geht, sind die Familien gefordert. Wenn auch die Familien dazu nicht mehr in der Lage ist, muss die Hilfe von Pflegediensten bzw. von Pflegeheimen mit den notwendigen Qualitätsstandards in Anspruch genommen werden, so die Abgeordnete. Weitere Themen in der anschließenden Diskussionsrunde waren der Erhalt des Hallenbades, die Schaffung eines Mehrgenerationsheimes im ehemaligen Ratskeller, die Eindämmung von zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen, und die Übernahme aller Kosten im Bereich der Vorsorgeuntersuchungen für Frauen und Männer durch die Krankenkassen.

Walter Gutmann wies darauf hin, dass seit einigen Wochen zwei Konversionsmanager am Landratsamt beschäftigt sind, von denen Maßnahmen, die aus Konversionsmittel gefördert werden, bearbeitet werden. Zu den Städten und Gemeinden die aus Konversionsmittel im Landkreis gefördert werden, gehört auch Wildflecken.